

Prüfungsgebiet: Politische Theorie
1. Thema: Transformationsforschung (am Beispiel Tschechiens)

Fragestellung: Welche Rolle spielt die Zivilgesellschaft bei Transformationsprozessen? Beispielhaft erörtert an der Tschechischen Republik.

1. Verortung des Begriffes Zivilgesellschaft

„Civil Society oder Zivilgesellschaft ist der Begriff für den intermediären Bereich öffentlichen Lebens zwischen Individuum und Staat. Das Verständnis ist schon seit Beginn des Entstehens der bürgerlichen Gesellschaft gekennzeichnet durch zwei divergierende Traditionslinien: Einerseits wird die bürgerliche Gesellschaft mit G.W.F. Hegel als der Ort konkurrierender Bedürfnisse und Einzelinteressen verstanden, andererseits meint die Civil Society mit A. Ferguson den Bereich einer aktiven Bürgerbeteiligung. Dabei dient der die Zivilgesellschaft kennzeichnende Pluralismus von freiwilligen Vereinigungen, Gruppen und Netzwerken der Artikulation, Organisation und Durchsetzung von Interessen. Gleichzeitig werden dadurch im Gegenzug Bürgerrechte geschützt. Das Konzept hat seit den 1980er Jahren als Gegenstrategie zur Allgegenwart der Staatsmacht in den autoritären sozialistischen Regimen Osteuropas und als Allheilmittel gegen Anomie, Fragmentierung und Unregierbarkeit postindustrieller Gesellschaften an Bedeutung gewonnen.“

„Die Zivilgesellschaft bedarf des Rahmens des Verfassungsstaates und seiner Institutionen, die zwar ihrerseits nur durch die Zivilgesellschaft mit Leben erfüllt werden, die aber die Einhaltung demokratischer Spielregeln.. gewährleisten müssen.“

Nicht zu verwechseln mit dem Begriff Civic Culture. Civic Culture ist ein Begriff über die Staatsbürgerkultur der von Almond/ Verba geprägt wurde. Er bezeichnet einen ausgewogenen Mischtyp politischer Kultur in dem politische Aktivitäten, Engagement und Rationalität durch Traditionalität und Bindung an parochiale Werte ausgeglichen werden.

Mansfeldova definiert die Zivilgesellschaft: „...als Sphäre zwischen Staat und Gesellschaft, in der sich im Prozess der historischen Entwicklung ein System von Vereinen und Assoziationen in Form von autonomen Organisationen herausgebildet hat. Kern ist immer der individuelle Akteur, der Bürger mit seinen Werten.“

Die Locksche Funktion der Civil Society betont die unabhängige Sphäre gegenüber dem Staat. Das heisst vor allem die Freiheit vor staatlichen Übergriffen zu sichern.

Montesquiesche Funktion löst den scharfen Kontrast mittels eines komplizierten Modells der Gewaltenteilung und –verschränkung. Er setzt also primär auf Institutionen und nicht rein auf Tugenden wie Locke dies tut.

Die Tocquevillesche Funktion (Schule der Demokratie) der civitas nimmt Montesquies Modell auf und verstärkt dieses Gerüst durch die freien Assoziationen als wichtigstem Garant des freien Gemeinwesens. Durch diese Vereinigungen sollen demokr. Denken und ziviles Verhalten eingeübt und habitualisiert werden. Aus diesem Kontext stammt dann auch der Begriff des Potentials in diesem Zusammenhang. Dahrendorf knüpft an dieser Vorstellung an und sieht darin die Entstehung der Bürgergesellschaft aus den freien Verbänden.

Die Habermassche Funktion der Civil Society kann mit Öffentlichkeit und Kritik überschrieben werden. Durch eine vorinstitutionelle pluralistische Interessenvermittlung jenseits der Politik, soll ein Gegenpart zu „vermachteten Strukturen“ erreicht werden und eine Öffentlichkeit bilden. Dieses Konzept der Zivilgesellschaft ist ausserordentlich voraussetzungsvoll. Eine solche Zivilgesellschaft wäre zwar problemsensitiv, aber in der Regel handlungsschwach.

Auf einer stark generalisierten Ebene haben jüngst Plasser, Ulram/ Waldrauch (1997) für ihre empirischen Osteuropaforschungen eine überzeugende Typologie vorgelegt. Dies gibt Aufschluss über die **Systemkultur**. Die **Prozesskultur** erfasst die intermediäre Vermittlungsebene zwischen Staat und Gesellschaft (Parteien, Verbände). Die **Politikfeldkultur** (policy culture) misst die Wahrnehmung des Outputs, also die Leistungsfähigkeit des politischen Systems auf bestimmten Feldern.

2. Überblick über die Forschungsansätze der Transformationstheorie/ Transformationsforschung

Begriffe: Systemwandel, Systemwechsel, Transition (Übergang von autokr. Zu demokr. Systemen), Transformation (Oberbegriff zum Systemwandel).

Wichtige Begriffe im Umfeld: Demokratisierung, Politische Kultur

Kategorie	Akteurs-/ handlungs- theoretischer Ansatz	Makrosoziologische r, systemtheoretische r Ansatz (Modernisierungsth .)	Strukturalistisc her Ansatz	Civil Society Ansätze
Untersuchungsg egenstand	Der Wechsel von politischen Systemen; besonders die Demokratisierung autokratischer Systeme			
Analyseebene	Akteur/ Handlung/ Interaktion, Mikroebene, Eliten	System, Struktur, Systemfunktion, Makro & (Meso) Ebene, Interaktion	Sozio- und machtstrukturel le Zwänge, (Makro) & Mesoebene	Autonome Zivilges. Bürgerges., Rolle & Bedeutungdes Staates im Verhältnis zum Individuum (Fam etc.)
F.-Ansatz	Mikroanalytisch, akteurstheoret., handlungstheoret., rational choice, strategic choice, demokratie- theoretisch	Makrosoziologisch, systemtheoret. Makrosozipologisch , strukturalistisch, makrosoziologisch, funktionalistisch, modernisierungsthe oretisch	Neomarxistisch strukturalistisch	Versch. Konzepte: normatives Konzept, Oppositionsstrate gie, Analyseraster
Methodik	Induktiv/ heuristisch, deskriptiv vergleichend, Przeworski deduktiv- entscheidungstheoret isches Entscheidungsmodell	Deduktiv, deterministisch	Induktiv, historisch- qualitativ, vergleichend	Diskurs-Orientiert Strategisch entwickelnd, beschreibend, erklärend
Prämissen	(strategisches) Handeln ist entscheidend für Demokratisierung (Einfluss struktureller Faktoren wird nicht verneint) Verlaufsmodell	Politisches System, Anpassung, Funktion, Stabilität, Dysfunktion führt zu Wechsel od. Zusammenbruch, Demokratie als Folge soz. & Ökonomischer Entw. (Demokratieoptimis mus)	Demokartisierung kein System aber Strukturzwang, Kritik an Modernisierung stheorie, Verteilung von Ressourcen ist entscheidend für Demokratisierung	Inhomogen, Eine autonome Ges. stellt Machtmonopole in Frage, CS bestimmt und gestaltet die Entwicklung der eigenen Geschichte. Verlaufsmodell (Chancen und Potentiale)
Erkenntnis- interesse	Fragt nach typischen Verlaufsmustern im D.Prozess, Akteurskonstellatione n, vergleichende Analysen	Vorgänge des soz. pol. und ökon. Wandels, Legitimität, Stabilität, Modernisierung und Differenzierung pol. Sys.	Machtverteilung und Klassenunter- schiede	Entwicklung eines speziellen Osteuropäischen Weges als Erg. Der Transition, Charakteristika eine CS als eine zus. Ebene der Konsolidierung

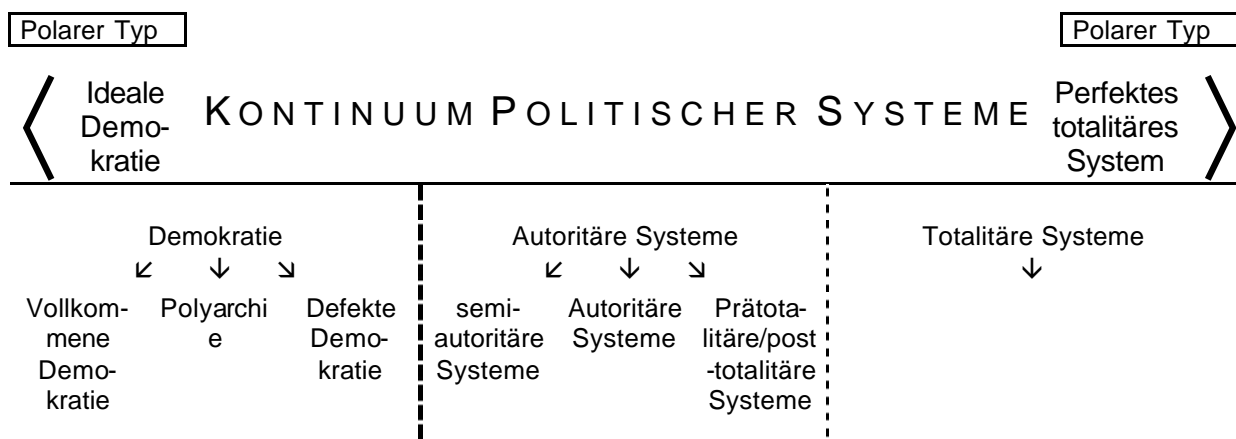
Normative Dimension	Ziel Demokratie, als beste aller Möglichkeiten	Demokratie als überlegener Systemtyp im Wettbewerb (zur Zeit)	Wirtschaftsbürgertum bzw. Arbeiterklasse als treibende Kräfte	Inhomogen; Ziel ist Aufbau einer CS, Hoffnung auf eine solidarische, gewaltfreie, autonome & pol. partizipierende Ges.
Pragmatische Dimension	Politikberatender Ansatz	Suche nach Soz. pol. und ökon. Voraussetzungen (Entwicklungshilfe)	Keine Angabe	Oppositionsstrategie zur Aushebelung des Machtmonopols des Staates
Bedeutung externer Faktoren	Betonung der internen Faktoren	Interdependenz von internen und externen Faktoren	Betonung von innerstaatlichen Klassenunterschieden	Betong des Austausches zwischen Individuen und unabhängigen Vereinigungen, nicht an Staatsgrenzen gebunden
Voraussetzungen für erfolgreiche Demokr.	Wahl der richtigen Strategien	Bestimmte Strukturen (Urbanisierung, Sekularisierung, Bildung, Rationalisierung, Industrialisierung, Tertiärisierung, Wirtschaftswachstum, Ausdiff.)	Kraftvolle Arbeiterschaft, Wirtschaftsbürgertum, möglichst homogene Ressourcenverteilung	Unklar, inhomogen, Abhängig von Tradition, politischer Kultur
Analysezeitraum	Vergleichsweise kurzer Zeitraum-Problem ist Agrenzung zum Konsolidierungszeitraum	Langzeitprozesse, die schon vor der Transition beginnen, und darüber hinaus andauern (auch nicht final sind, d.h. es gibt Rückfälle)	Historische Langzeitprozesse	Langzeitprozess auch über den Transitionsprozess hinaus, als Zukunftsmodell
Wichtige Vertreter	O'Donnell, Schmitter, Whitehead, Przeworski, Bros	Parsons, Luhmann, Lipset, Huntington	Moore, Rueschemeyer, Vanhanen	Ideengeschichtlich (Locke, Hume, Aristoteles, Hegel, Gramsci, Montesquieu), Intellektuelle in Ostmittel-Europa (Michnik, Havel, Kis) im Westen (Offe, Thaa, Ekiert, Weigle, Butterfield, Keane)

Die Unterscheidung der beiden letzten Spalten fällt beispielsweise bei Habermas recht schwer, da er beide Ansätze vereint und auch Teile der anderen Schulen integriert.

Was ist nun der „Königsweg“ im Falle von Tschechien? Der Referenzpunkt aller theoretischen Auseinandersetzung ist im Falle aller Modernisierungsforschung und

Modernisierungstheorie ist hier wohl Parsons und seine Erben wie beispielsweise Wolfgang Zapf. Gleichzeitig ist klar, dass im Falle von Tschechien zu viele Ungereimtheiten im Bereich der Voraussetzungen auftauchen. Vielleicht sollte bedacht werden, dass ein Land mit bereits bestehender demokr. Tradition anders bewertet werden muss als „junge“ Demokratieversuche. Mit Sicherheit hat in Tschechien trotz widriger wirtschaftlicher Bedingungen die bereits entwickelte Zivilgesellschaft und damit verbunden die politische Kultur in diesem Land als Katalysator gewirkt. Sie als intervenierende Variable zu behandeln oder als Rand/Rahmenbedingung wäre zu wenig und ihr Einfluss nur im Vergleich zu wirklich vergleichbaren Ländern wie Ungarn und Polen zu erörtern.

Typen politischer Systeme nach Wolfgang Merkel



Ordnet man nun die Kategorien Herrschaftslegitimation, Herrschaftszugang, Herrschaftsmonopol, Herrschaftsstruktur, Herrschaftsanspruch, Herrschaftsweise zu, so lassen sich beinahe alle politischen Systeme den Grundtypen Demokratie, Autoritäre Systeme und Totalitäre Systeme zuordnen.

Ausgangssituation vor 1989:

Politische Lage: kein souveräner Staat, aber demokr. Tradition von 1918-1939

Wirtschaftliche Situation: gut ausgebaute Industriestruktur

Akteure/ Politische Kultur: Ausbildung einer Zivilgesellschaft, in der Zeit der Unabhängigkeit, reges kulturelles Leben, starke Rolle der Intellektuellen

Lage von 1989 – 1993

Politische Lage: Wahlsieg zunächst des Bürgerforums dann der ODS, zunächst starkes Interesse an der Erhaltung des Föderalstaates, dann Obstruktionspolitik

Wirtschaftliche Situation: nach Einführung der Marktwirtschaft Rezession und steigende Arbeitslosigkeit, Weitreichende Privatisierung (aber auch Erhalt alter liebgehabter staatlicher Regulierungspolitik)

Akteure/ Politische Kultur: breite gesellschaftliche Beteiligung am Wandel, Interesse demokr. Spielregeln einzuhalten.

3. Anwendung: Darstellung der Transformation in Tschechien nach 1989 Schwerpunkt Bewertung und methodische Probleme.

- a) Liberalisierung des autokratischen Regimes
- b) Institutionalisierung der Demokratie – konstruktive Zivilgesellschaft
- c) Konsolidierung der Demokratie – reflexive Zivilgesellschaft

1. Phase: Liberalisierung

„Kontrollierte Öffnung des autoritären Systems - kann einen Systemwandel herbeiführen, aber auch schon der Beginn des Demokratisierungsprozesses sein.“

„Prager Frühling“ - gewaltsamen Niederschlagung, bedingungslose Verfolgung der sog. Dissidenten und Schaffung einer privilegierten Bürgerschaft mit Hilfe der „Schattenwirtschaft“ Spaltung der Gesellschaft. Gleichzeitig - Angebot eines „Gesellschaftsvertrages“: Auslandsreisen und die Schaffung einer Konsumgesellschaft für Privilegierte. Gründung des „Dissens“ 1973: sozialistische Jugendgruppe und ausgeschlossene Reformer der Kommunistischen Partei sowie demokratische Intellektuelle (unter der Führung von Václav Havel). Die „Charta 77“ - als Reaktion auf die Unterzeichnung der internationalen Menschen- und Bürgerrechtskonvention in Helsinki, Brutale Verfolgung, Zementierung des bestehenden Systems, zunehmende internationale (Glasnost und Perestrojka) und interne Isolierung. Zunehmende Bedeutung der Opposition: Demokratische Initiative (nach der Veröffentlichung: „Einige Sätze“) - Drohung der gewaltsamen Niederschlagung immer unwahrscheinlicher.

10. November 1989 - erste Großdemonstration zur Einhaltung der Bürgerrechte

17. November - Massendemonstration v.a. durch die Organisation der Prager Studenten, Generalstreik am Tag darauf Gründung des „Bürgerforums“ - Forderung nach dem Rücktritt der Verantwortlichen für die Niederschlagung 1968, Durchführung von freien demokratischen Wahlen und Durchsetzung von bürgerlichen Rechten und Freiheiten.

2. Phase: Demokratisierung

„Ablösung des autoritären Regimes - Einführung demokratischer Institutionen und konstitutionelle Neuordnung des politischen Systems.“

29. November - die Föderative Versammlung beschließt wichtige Verfassungsänderungen der CSSR

10. Dezember - Rücktritt der Regierung Husák, Schaffung einer „Regierung der nationalen Verständigung“ unter Marian Calfa, Alexander Dubcek wird Vorsitzender der Föderativen Versammlung

29. Dezember 1989 Václav Havel wird zum neuen Präsidenten der CSSR

20. April 1990 - Gründung des neuen Tschechoslowakischen Staates: Tschechische und Slowakische Föderative Republik CSFR

8.-9. Juni: Erste freie Parlamentswahlen - Sieg des Bürgerforums in Tschechien, Vaclav Havel wird erneut zum Staatspräsidenten gewählt

25. Dezember - Gesetz über die „kleine Privatisierung“

9. Januar 1991 eine Charta der Grundrechte und Freiheiten wird von der Föderativen Versammlung verabschiedet

26. Februar - Gesetz über die „große Privatisierung“

16. Dezember 1991 Assoziierungsabkommen zwischen CSFR und der EG

Febr. 1992 Vertrag über die freundschaftliche Zusammenarbeit mit der BRD

Freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen ~SFR und der Russischen Föderation
5.-6. Juni 1992 zweite freie Parlamentswahlen - Wahlsieg der Demokratischen Bürgerpartei (ODS) in Tschechien

20. Juli Präsident Vaclav Havel tritt vorzeitig, zurück

27. August - ein Zeitplan zur Auflösung der ~S FR wird vorgelegt: 1. Januar 1993

25. November - Die Föderative Versammlung der (SFR billigt den Gesetzentwurf zur Auflösung der Tschechoslowakei

17. Dezember - Annahme der Verfassung der Tschechischen Republik durch das tschechische Parlament

3. Phase: Konsolidierung

„Spielregeln der Demokratie werden festgelegt und eingeübt. Herstellung eines breiten gesellschaftlichen Grundkonsenses und Ausbildung einer bürgerlichen Zivilgesellschaft“

4. Oktober 1991 „Lustrationsgesetz“ - Regelwerk zur bürokratischen Tätigkeiten in Staatsorganen und staatlichen Einrichtungen

1. Januar 1993 das Gesetz zur Auflösung der CSFR tritt in Kraft

-8. Februar - die Währungsunion zwischen den bisherigen Teilrepubliken wird aufgehoben

Sicherung der Grenze zur Slowakischen Republik

Treffen der Innenminister zur Erörterung der Fragen zur Änderung des Asylrechts seitens der Bundesrepublik Deutschland

Treffen der Ministerpräsidenten zur Lösung von Streitfragen über die Aufteilung des föderalen Eigentums

Konsolidierung kann mehrere Dimensionen und somit Messkriterien haben:

- a) Institutionell
Öffnung und Lockerung , Herrschaftsverlust, Liberalisierung
Verfassungsgebung, formale Legitimität
Demokratische Grundsätze und Normen
- b) Repräsentativ
Keine Anti-System Parteien, Polarisierung (Profilbildung der Parteien), Wählerfluktuation (auch stark abhängig vom Wahlsystem), Segmentierung/ Phragmentierung
- c) Das Verhalten betreffend
Akzeptanz der Spielregeln, Gelebte demokr. Normen und Regeln, Rechtssicherheit
- d) Die Staatsbürgerkultur betreffend
Empirische Legitimität, Diffuse & specific Support, Kritische Presse, Politische Partizipation, Civic Culture, Civil Society

Die Diskussion bewegt sich also im Spannungsfeld zwischen Idealtypischem und pragmatischem Demokratiebegriff. Eine Konsolidierung gilt aus Sicht der Staatslehre als abgeschlossen durch eine diplomatische äußere Anerkennung erwirkt durch gemeinsame Verhandlungen.

Operationalisierung der Strukturen nach der Wende:

Kategorie	Ausprägung
Geschichtliche Voraussetzungen	homogen (Böhmen Mähren)
Zufriedenheit mit der Entw. nach der Wende	Ging bis 2001 stetig zurück
Rückgang der allgem. Zufriedenheit	Gleichverteilter
Zufriedenheit 1991 mit ...	
...Aussenpol.	78 %
...Innenpol.	42 %
...Soziale Absicherung	30 %
...Kultur	29 %
...Wirtschaft	28 %
...Lebensstandard	23 %
Bewertung der Marktwirtschaft 1992	Einverstanden
Für oder gegen Sozialismus 1992	Gegen
Was bringt Privatisierung	Gut
Vertrauen in politische Institutionen....	
... Präsident	88 % (88)
... Bundesregierung	75 % (45)
... nationale Regierung	75 % (55)
... Nationalrat	65 % (45)
... Bundesversammlung	60 % (25)
Diktatur unter gew. Umständen besser als Demokratie? (1995 Merkel)	9 %
1993 Wenn ein Referendum durchgeführt worden wäre, wie hätten sie gestimmt?	Aus einer Umfrage von 1994 bevorzugen 60% der Tschechen die geteilte Form der Staaten
Ergebnis	Integrative demokratische Konsolidierung

Werte in Klammern für 2001.

Nach 1991 durchgängig ein Rückgang an politischer Partizipation zu verzeichnen. Schwerpunkt liegt bei der Demokratisierung eindeutig auf persönlicher Freiheit.

Aktuelle Entwicklung:

Stand 2003: BIP Realer Zuwachs 1999-2001 Durchschnittlich 2,9% (bei 80% Anteil im Privatsektor)
 Stand 2005: BIP 1990 – 2002 Durchschnittlich 1,3 %
 Seit 1990 stetiger Anstieg der Arbeitslosenzahlen (10,3 % in 2003)

Parlamentswahlen 2002 Linksruck zu Gunsten der Kommunistischen Partei mit nationalistischem Wahlkampf
Wirtschaftliche Rückschläge durch Hochwasser in 2002
Anzeichen eines funktionierenden Rechtsstaatsempfindens in der Srba – Affäre (Ermordung einer Redakteurin konnte vereitelt werden.)
Sommer 2004 Bildung einer neuen Regierung aufgrund Rücktritt Ministerpräsident und Parteivorsitzendem wegen schlechtem Abschneiden bei Europawahl
Beilegung des Streites um die Verkürzung der „Tschechischen Republik“ als Tschechien
Beitritt von Tschechien zur EU (Ratifizierung im April)

Methodische Probleme:

Es werden 7 verschiedene Konzepte der Konsolidierung vertreten und diese können auf einem Minimum-Maximum- Kontinuum in folgender Reihenfolge abgetragen werden:
Konzept zur Erreichung eines Abkommens über die Installation
Konzept zur Betonung der Eliteebene (manchmal mit zusätzlicher Massenebene)
Konzept der negativen Konsolidierung (oder solche, der pos. Konsol. Aufbau demokratieförderlicher Verhaltensweisen)
Konzept prozeduraler und formaler Ebenen
Konzept die K. mit der Veränderung auf der Einstellungsebene gleichsetzen.
Konzept der Ausbreitung demokratischer Legitimität
Konzept der abgesicherter Demokratie als Regimetyp

Schwierigkeiten mit der Operationalisierung

Dem Thema zufolge ist ein ganzes Set von Definitionen nötig. Was ist unter politischer Kultur, Civil Society, Potential und Systemunterstützung zu verstehen? Vom Verständnis der Begriffe hängen dann auch die Variablen ab. Diese abzugrenzen ist nicht leicht. Ist doch das Verständnis der Civil Society eingebettet in den Begriff und die Realität der politischen Kultur. Je nach Auffassung des Begriffes Civil Society und politischer Kultur, sowie deren Funktion, müssen unterschiedliche Variablen untersucht werden. **Wenn die Zivilgesellschaft eine Teilmenge des Volkes ist, so ist es methodisch nicht korrekt, die Einstellung der Bevölkerung zu erheben, sondern jener, die sich gesellschaftlich artikulieren.** Und auch dann gibt es noch Schwierigkeiten bei der Ermittlung der Grundgesamtheit, weil es Überschneidungen geben kann, bei Leuten, die auch nur im entferntesten Sinne in Staatsfunktionen stehen. Politische Mengenlehre ist hier also äusserst schwierig. In methodologischem Sinne müsste sogar der Einfluss der Civil Society auf die Einstellung der Bevölkerung untersucht werden, und zwar über einen den gesamten Zeitraum der Konsolidierung. Dann stossen wir auf den nächsten Punkt. Wann endet die Konsolidierung? Wird sie weit gefasst, entsteht die Frage wie sie sich vom Begriff der Demokratisierung unterscheidet.

Hier die methodologische Kritik in Stichworten:

- Ein Transitionsprozess ist kein Programmablauf. Weder sein Erfolg, noch die Uniformität ist gegeben.
- Bei zu weiter Fassung des Begriffes Konsolidierung wird er unbrauchbar und schwer von dem Begriff Demokratisierung abzugrenzen.
- Demokratieauffassungen können sich ändern und damit auch Verhaltensweisen.
- Die politische Kulturforschung in Osteuropa ist gegenwärtig noch meilenweit von einer differenzierten Kulturforschung dieser Länder entfernt.
- zu wenig Zeit- Reihen Daten
- sterile Forschungsdesigns und kontextlose Interpretationen
- numbering & ranking – wie verdichtet man individuelle Einstellungen auf Mikroebene zur politischen Kultur auf Makroebene?
- Einstellungsforschung – Brauchbarkeit von Mass Survey Daten (generelles Problem der Massenpsych.), Massstab und Grad der pol. Einstellung
- Vergleichende politische Kulturforschung wird überfordert mit Fragen nach der Belastbarkeit und Stabilität eines pol. Systems und ein Vergleich zwischen der 2. und 3. Demokratisierungswelle macht keinen Sinn (Huntington)
- Tabula Rasa an Zahlen, Zahlendichte und Budget
- Klassische Konzepte der Input- Outputforschung (Subject und Civic Culture Konzepte, mit typologischen Leitbilder zu arbeiten ist verfrüht.)

- Ist politische Kultur eine abhängige, unabhängige oder intervenierende Variable? Ist Ergebnis oder Ursache makropolitische Veränderungen?
- Unspezifische Sammelkategorie für Einstellungsforschung (Ausweg durch die Typologie von Merkel) bei Veränderung der Matrix

Bewertung:

Trotz der schwierigen wirtschaftlichen Situation erweist sich Tschechien mit seiner bereits entwickelten Zivilgesellschaft und seiner demokratischen Tradition als völlig Konsolidiert und man kann erfreulicherweise nach 15 Jahren Transition von einer stabilen Republik sprechen. Auch die EU-Kommission spricht 2003 von einem hohen Maß an Rechtsangleichung. Rotz aller Probleme und ohne einseitige Bewertung ist die Tschechei auch im internationalen Vergleich ein sehr positives Beispiel für eine Transition von einem kommunistischen Einparteiensystem zu einem demokratischen Verfassungsstaat.

Zu revidierende Vorstellung im Bezug auf die Idealtypisierung der Civil Society
Kein herrschaftsfreier Raum, Einübung demokratischer Verhaltensweisen findet kaum statt.
Die in der Transformationstheorie verbreitete These, dass die in der Endphase des autoritären Regimes wiedererwachte Zivilgesellschaft sich explosionsartig verstärken werde (Guillermo/ O'Donnell/ Schmitter), hat sich im Fall der Tschechoslowakei zwar nicht bewahrheitet aber dies ist keine Aussage über die Transitionsunterstützende Wirkung einer derartigen politischen Gesinnung.